

Politischer Arbeitskreis Gesundheit

TVÖD für alle - mehr Personal - Rückführung der Tochterbetriebe - ausreichende Investitionen
Verwirklichung des Prinzips: Ein Betrieb – eine Gewerkschaft – ein Tarifvertrag

www.arbeitnehmerpolitik.de

Kontakt: PAK-Gesundheit@t-online.de

Datum: 17.5.2022

Der Senat entzieht sich seiner Verantwortung

Er verweigert die Finanzierung des Tarifvertrags für „Mehr Personal“
und den für die Tochtergesellschaften auf dem Weg zum TVÖD

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Inzwischen wird deutlich, welche Politik dem Berliner Gesundheitswesen bevorsteht.

- Die erreichten **Tarifverträge**, die die Kolleg*innen im Kampf für „Mehr Personal“ und „TVÖD für Alle“ erstritten haben, werden, wenn überhaupt, nur verzögert umgesetzt.
- Die **Notaufnahmen** stehen vor dem Kollaps
- Das **Labor** wurde immer noch nicht in den Tarifvertrag integriert
- Das Land Berlin verweigert weiterhin die notwendigen **Investitionen** für die Krankenhäuser
- Die **Schließung des Wenckebach Klinikums** wird beschleunigt vorangetrieben
- Die „**Gesundheitsstadt 2030**“ mit Privatisierung, Krankenhausschließungen und Bettenabbau wird konkret in Angriff genommen

Dies ist eine Missachtung des Kampfes der Belegschaften und ihrer erreichten Tarifverträge.

Mehr Personal: Das heißt „Neueinstellungen“

Woran kann der Stand der Umsetzung des Tarifvertrages „Mehr Personal“ gemessen werden? An der Zahl der Neueinstellungen, 700 für die Charité und 1700 für Vivantes. Wo sind die Neueinstellungen?

Tarifvertrag „Für den TVÖD“: Korrekte Eingruppierung

Woran kann der Stand der Umsetzung des Tarifvertrages „Für den TVÖD“ gemessen werden? An dem Geld, welches aufs Konto fließt und an der korrekten Eingruppierung. Es kann nicht sein, dass die Kolleg*innen weniger erhalten, als vor dem Tarifkampf!

Kein Bettenabbau und keine Schließung:

Erhalt des Wenckebach-Klinikums

Mit unserem Tarifkampf wollten wir, die Beschäftigten, bessere Arbeitsbedingungen und einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Gesundheitsversorgung erreichen. Niemand ist für Bettenabbau, Stationserschließungen oder gar für die Schließung des Wenckebach-Klinikums auf die Straße gegangen und hat dafür gestreikt.

100% Finanzierung der Investitionen durch den Berliner Senat

Dafür ist allein der Senat verantwortlich. Er muss die jährlichen Investitionen, sowie den aufgelaufenen Investitionsstau, finanzieren. Es reicht nicht, dass er 40% oder 50 % bezahlt, sondern er muss 100% bezahlen. Jeder von uns bezahlt seine Steuern zu 100 % und nicht zu 40% oder 50 %. Stattdessen hat der Senat entschieden, die Kaputtsparpolitik fortzusetzen. Einer Unterschriftensammlung mit 855 Unterzeichnern unter der Überschrift „*Verträge sind einzuhalten!*“, gerichtet an Finanzsenator Wesener und Gesundheitssenatorin Gote, verweigerten die Senator*innen die Annahme.

Nein, genau sie und der Berliner Senat tragen die Verantwortung für die Umsetzung der Politik der Geschäftsführung!

Auf die Frage, „Wie viele neue Pflegekräfte braucht Vivantes nach der Einigung?“ antwortet Vivantes: „*Nach den Eckpunkten der Tarifeinigung benötigt Vivantes 1700 zusätzliche Fachkräfte, davon etwa die Hälfte examinierte Pflegekräfte und außerdem Mitarbeiter*innen im Funktionsdienst, im medizinisch-technischen Dienst und auch Pflegerhelfer*innen.*“ Stand: 14.10.2021)
(<https://www.vivantes.de/unternehmen/presse/aktuell-tarife>, abgerufen 4.3.2022)

In der ver.di Pressemitteilung 202 vom 7.10.2021 heißt es klar zum Abschluss an der Charité: „*Um eine Entlastung für die Pflegekräfte an der Charité zu erreichen, sollen mehr als 700 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Pflege in den nächsten drei Jahren eingestellt werden.*“



Bei der Übergabe der genannten Unterschriftensammlung: Während die Gesundheitssenatorin nichts zu sagen hat, hat der Finanzsenator sichtbar keine Hand frei!

Sie haben kein Geld für die Berliner Krankenhäuser!

Es gibt zum Beispiel den Vorschlag für die Abschaffung des DRG-Systems. 100 Milliarden für Aufrüstung und Kriegshaushalt waren sofort da, aber nicht für die Gesundheitsversorgung.

Aber heute geht es erst einmal darum, dass der Senat seiner gesetzlichen Pflicht nachkommt. Statt der notwendigen 350 Millionen Euro erhalten die Krankenhäuser nur 150 Millionen Euro. Wenn der Senat es nicht leisten kann, muss er für eine bessere Finanzausstattung der Länder eintreten.

Sind Fonds eine alternative Krankenhausfinanzierung?

Im rot-grün-roten Koalitionsvertrag ist vorgesehen, dass öffentliche Betriebe Fonds auflegen können, um sich zu finanzieren. Diese Passage des Koalitionsvertrages hat die CDU aufgegriffen und fordert die Auflage eines „*Berlin-Health-Capital-Fonds*“. Dieser soll für das Gesundheitswesen auf den Finanzmärkten Darlehen aufnehmen. Damit werden unsere Krankenhäuser der Spekulation auf den Finanzmärkten ausgeliefert. Und die Finanzmärkte werden Einfluss nehmen wollen wie das Berliner Gesundheitswesen zu organisieren ist. Eine schleichende Privatisierung ist strikt abzulehnen! Nein, die Investitionen müssen voll vom Land Berlin finanziert werden! Dann können auch die Tarifverträge und ein öffentliches Gesundheitswesen finanziert werden.

Respekt vor der Tarifautonomie?

Frau Senatorin Gote sagte zu den Kolleg*innen: „*Ich bin nicht Ihre Ansprechpartnerin, wenden Sie sich an Ihre Geschäftsführung und die Gewerkschaft. Ich bin für Tarifautonomie!*“

Wer ist denn der eigentliche Arbeitgeber? Das ist der Eigentümer, das Land Berlin, vertreten durch die Gesundheitsministerin und den Finanzsenator.

Wenn die Geschäftsführung, die im Auftrag des Senats handelt, die Tarifverträge nicht umsetzt, dann sind es die Senator*innen der Grünen, die sich nicht an die Tarifautonomie halten!

Bundesweites Treffen am 25. Juni 2022

(per Video)

Gewerkschaftlich und politisch engagierte Kolleg*innen laden ein

**Nein zu den 100 Milliarden für Aufrüstung und Kriegshaushalt
„100 Mrd.“ für die Gesundheitsversorgung, Kitas, Schulen und Unis,
für die Verteidigung des Reallohns, für bezahlbare Wohnungen,
für den Erhalt des gesetzlichen solidarischen Rentensystems,
für kommunale öffentliche Dienste!**

Als gewerkschaftlich und politisch engagierte Kolleg*innen schlagen wir Euch zur Diskussion vor:

Wie können wir gemeinsam für den Aufbau einer politischen Widerstandskraft der Arbeiterschaft und Jugend handeln? Wie können wir den Kolleg*innen helfen, sich ihre Gewerkschaften gegen die politischen Hindernisse im Kampf für ihre Forderungen zurückzuerobern?

Wie können wir die auf der europäischen Dringlichkeitskonferenz beschlossene Vereinigung der Kräfte im Kampf gegen den Krieg verstärken? Stopp dem Krieg von Putin! Stopp der Kriegsmaschinerie der Nato und der Kriegshaushalte!

Zur Vorbereitung der Videokonferenz des bundesweiten Treffens am 25.6.2022 sind zwei Termine in Präsenz vorgesehen:

30.05.2022 von 18.00 bis 21.00 Uhr und am 20.06.2022 von 17.00 bis 20.00 Uhr

Bitte anmelden unter

Arbeitskreis für unabhängige Arbeitnehmerpolitik. E-Mail: PAK-Gesundheit@t-online.de

Oder über Gotthard Krupp, E-Mail: GotthardKrupp@t-online.de; FAX 3131662

Wir schicken Euch dann einen Diskussionsbeitrag zum bundesweiten Treffen und die Unterlagen zu.

Verantwortlich & Informationen über:

Charlotte Rutz-Sperling, PAK-Gesundheit@t-online.de | www.arbeitnehmerpolitik.de